

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und**  
**Beteiligungsausschusses**  
**am 07.03.2019**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Frau Brinkmann (Vertretung für Frau Schrader)

Herr Fortmeier

Frau Gorsler

Herr Lufen ab 16.15 Uhr, TOP 4

Herr Sternbacher

CDU

Herr Helling

Herr Henrichsmeier

Herr Nettelstroth (stellv. Vorsitz)

Herr Weber

Herr Werner (Vertretung für Herrn Rütter)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler

Frau Keppler

Herr Rees

Bielefelder Mitte

Frau Becker

FDP

Frau Wahl-Schwentker ab 16.55 Uhr, TOP 4

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens (Vertretung für Frau Schmidt)

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat (beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz7 GO NRW)

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Erste Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Ley	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Frau Bockermann	Presseamt/Statistikstelle
Frau Schmiedeskamp	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Fliege	Bürgeramt
Herr Feldmann	Ordnungsamt
Herr Kroll	Feuerwehramt
Frau Grewel (Schriftführung)	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Gäste:

Frau Meier	Prokuristin der WEGE
Bürgerinnen und Bürger	
Pressevertreter	

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest. Insbesondere begrüßt er Frau Meier von der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH (WEGE).

Zur Tagesordnung informiert Herr Oberbürgermeister Clausen, dass nach Versand der Tagesordnung zu TOP 9 noch eine Nachtragsvorlage mit der Drucksachenummer 7630/2014-2020/1 verteilt bzw. in das Ratsinformationssystem eingestellt worden sei, die die Beschlussempfehlung des Sozial- und Gesundheitsausschusses beinhalte. Außerdem liege zu diesem Tagesordnungspunkt auch ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom heutigen Tag vor. Darüber hinaus liegen zu TOP 11 noch zwei Informationsvorlagen vor.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.02.2019****Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 42. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vom 07.02.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

**Zu Punkt 2****Mitteilungen**

Frau Erste Beigeordnete Ritschel verliest folgende Mitteilung:

*Dezernat 3*

*Mitteilung für den HWBA, 07.03.2019 (öffentlich)*

*Wie in den letzten Tagen auch in den Medien berichtet wurde, haben die gesetzlichen Krankenkassen in NRW angekündigt, die mittlerweile seit 2015 währenden Auseinandersetzungen um die Einbeziehung der Ausbildungskosten für Notfallsanitäter/innen in die Rettungsdienstgebühren zu beenden und anhängige Klagen (Bielefeld war nicht betroffen) zurück zu ziehen.*

*Die Träger des Rettungsdienstes sind nun aufgefordert, ihre Ausbildungsbedarfe verbindlich zu ermitteln und mit den Kassen vor Ort abzustimmen. Die kurzfristige Veröffentlichung eines neuen Finanzierungserlasses des Landes ist angekündigt.*

*Konkrete finanzielle Auswirkungen für die Stadt Bielefeld ergeben sich derzeit nicht.*

*Zu den zuletzt auch vom Städtetag landesweit festgestellten Verzögerungen bei der Verabschiedung von Rettungsdienst-Bedarfsplänen, die auch in Bielefeld zu verzeichnen waren, ist aktuell festzustellen: Die Fortschreibung der Bedarfsplanung unter Beteiligung eines Gutachters ist mittlerweile in allen wesentlichen Punkten einvernehmlich mit den Kostenträgern abgestimmt. Noch abzustimmen ist der o. g. Umfang des Bedarfs an Notfallsanitäter/innen.*

*Vorbehaltlich dieser Klärung und des erneut durchzuführenden formalen Beteiligungsverfahrens wird davon ausgegangen, dass die Planung den politischen Gremien noch im 2. Quartal zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden kann.*

-.-.-

### **Zu Punkt 3      Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

### **Zu Punkt 4      Bericht über die Unternehmensbefragung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH und Vorstellung der Ergebnisse**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8181/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen zeigt sich erfreut, dass erstmals keine anonymisierten Umfragewerte vorlägen. So könne konkret und unmittelbar mit den beteiligten Unternehmen über Anregungen, Wünsche und Kritik kommuniziert werden. Er bittet Frau Meier von der WEGE und Herrn Beigeordneten Moss zur Umfrage und den Ergebnissen zu berichten.

Herr Beigeordneter Moss gibt zunächst einen Überblick zu Anlass und Zielsetzung der Umfrage. Vorausgegangen war unter Einbeziehung einer externen Moderation die Standortbeschreibung und Aufgabendefinition der WEGE. In diesem Zusammenhang stellt Herr Moss auch das anwesende Team der Wirtschaftsentwicklung vor und weist auf die positiven Effekte dieser personellen Verjüngung hin. Beispielhaft berichtet er von der Wiederaufnahme der Gewerbegespräche auf Initiative der neuen Kollegen, was zu einer umfassend positiven Resonanz geführt habe. Im Vorfeld der Umfrage hätten aber zunächst die Zielgruppe und die Auftraggeber der WEGE im Blickpunkt gestanden. Herr Beigeordneter Moss verweist auf die landes – und bundesweite Vernetzung der WEGE. So habe beispielsweise der Geschäftsführer der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft in Leverkusen, Herr Dr. Obermeier, einen Tag bei der WEGE moderiert. Parallel dazu sei auch der Dialog mit den Partnern nach Wün-

schen und Anregungen geführt worden. Dabei agiere die WEGE im Auftrag der Stadt Bielefeld und auf Anregung der Politik. Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass die regionalen Unternehmen mit der Arbeit der WEGE zumindest immer zufrieden seien.

Herr Beigeordneter Moss (bis Seite 9) und Frau Meier (ab Seite 10) berichten an Hand der Computerpräsentation zur Umfrage und den Ergebnissen.

*Die Präsentation und die Zusammenfassung der Ergebnisse sind im Ratsinformationssystem einsehbar.*

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Frau Meier und Herrn Beigeordneten Moss für den Vortrag und die Erläuterungen. Der benannte hohe Zufriedenheitswert in Bezug auf die Standortfaktoren sei aus seiner Sicht sehr erfreulich, lasse aber auch noch Verbesserungen zu. Die sehr differenzierten Umfrageergebnisse ermöglichen exakte Rückschlüsse zu den Bedarfen und den Wünschen der Unternehmen. Er fragt, wer sich hinter den ca. 45 % der Befragten verberge, die bisher keinen Kontakt zur WEGE gehabt hätten.

Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass die Datenschutzgrundverordnung nur Anschreiben zu Befragungen von Betrieben zulasse, sofern die potentiell zu befragenden Unternehmen im Vorfeld die Datenschutzerklärung unterzeichnet hätten. Mit dieser Vorgabe seien in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer 1700 Unternehmen für die Befragung angeschrieben worden. Von diesen sei ein Anteil von 45% der WEGE völlig unbekannt gewesen. Eine Kernaufgabe der WEGE sei daher die Kommunikation mit den Bielefelder Betrieben, um über Angebote der WEGE zu informieren.

Frau Meier ergänzt, dass hinter den 45 % zu einem Großteil kleine, oft im Bereich Handel tätige, Betriebe stünden. Auf Grund der Aufgabenstellung der WEGE habe der Focus bisher nicht auf diesem Betriebssegment gelegen. Der entsprechende Handlungsbedarf für die WEGE sei jedoch deutlich.

Herr Helling (CDU) resümiert eine Veränderung im Anforderungsprofil der WEGE. Er fragt, ob dies zu konzeptionellen Veränderungen der Strukturen führen werde. Sollte dies der Fall sein, erwarte er eine frühzeitige Einbindung des für die Wirtschaftsförderung zuständigen Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses. Die Konzeptdiskussion sei dann auch unter Berücksichtigung der hier vorgestellten Analyse zu führen.

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass dies in der anstehenden Aufsichtsratssitzung der WEGE behandelt werden solle.

Herr Fortmeier (SPD) dankt für den vorgestellten Bericht und wertet die positiven Ergebnisse auch als Würdigung der handelnden Personen. Die WEGE leiste gute Arbeit und sei auch in der Stadtgesellschaft verankert. Besonders erfreulich sei die Transparenz in Bezug auf die beteiligten Unternehmen. Die Problematik der Verfügbarkeit und Nutzung von Gewerbeflächen sei hinlänglich bekannt und auch Bereiche wie der Breitbandausbau werden noch länger im Focus der Aktivitäten stehen.

Frau Becker (Bielefelder Mitte) dankt für die Präsentation zur Unternehmensbefragung. Bielefeld verfüge demnach über sehr gute sogenannte weiche Standortfaktoren. Deutlich sei aber auch ein eklatanter Mangel an Gewerbegebieten und Wohnraum. Hier sei die Politik zu energischem Handeln aufgerufen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für die Präsentation und die erkennbar guten Ergebnisse für die WEGE und für Bielefeld. Eine Herausforderung sei die anstehende Weiterentwicklung der Digitalisierung. Die dafür bereitstehenden Fördersummen seien aus seiner Sicht jedoch nicht ausreichend. Die Problematik der Gewerbeflächen sei auch von seiner Fraktion erkannt worden. Eine großflächige Ausweisung von Gewerbeflächen sei aber auch immer an den gültigen Regionalplan gebunden. Eine detailliertere Betrachtung der kleineren Flächen im direkten Kontakt zu den Unternehmen sei aus seiner Sicht daher durchaus Erfolg versprechend.

Herr Gugat (Gruppe Bürgernähe/Piraten) dankt dem Team der WEGE für die geleistete Arbeit und die Präsentation. Im Zusammenhang mit dem Bekanntheitsgrad der WEGE erinnert er an die Strukturen im Sozialbereich: auch dort könnten nur Angebote unterbreitet werden, deren Nutzung immer eine individuelle Entscheidung zugrunde liege. In Bezug auf den festgestellten Gewerbeflächenbedarf möchte er wissen, ob dieser in Gänze oder eher kleinteilig erforderlich sei. Zur Breitbandversorgung fragt er nach der konkreten Problemlage und bittet um Angabe von Lösungsvorschlägen.

Herr Beigeordneter Moss bestätigt, dass 25 Betriebe exakt 18,7 Hektar Gewerbefläche nachgefragt hätten. Hier würden auch bereits Gespräche geführt. Er bestätigt, dass in der Regel die Flächen nur in räumlichem Zusammenhang mit den Bestandsflächen der Betriebe von Nutzen seien. Die Alternative dazu könne eine Betriebsverlagerung innerhalb der Stadt sein. Durch eine Anschlussnutzung könne so auch der Finanzierungsbedarf einer Betriebsverlagerung relativiert werden. Eine Lösung für die insgesamt 18,7 Hektar nachgefragte Fläche gebe es derzeit noch nicht, wohl aber eine Idee. Diese werde zu gegebener Zeit auch im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgestellt werden. Beispielhaft erwähnt Herr Beigeordneter Moss die intensive Detailarbeit für Einzellösungen und fordert die dringende Ausweisung weiterer Gewerbeflächen.

Wie berichtet würden für den Breitbandausbau derzeit lediglich die sogenannten „weißen Flecken“ versorgt. Im Rahmen der Fördergelder werde in ländlichen Gebieten mit einem hohen technischen Aufwand Breitband verlegt. Erheblich notwendiger sei die Nachversorgung in bestehenden Gewerbegebieten, um die Betriebe handlungsfähig zu halten. Hier sei ebenfalls viel Detailarbeit in Kooperation mit den Stadtwerken bzw. der BITel erforderlich.

Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass die Ergebnisse der Umfrage bereits im Dezember dem Aufsichtsrat der WEGE vorgestellt worden seien. In der Folge werde es mit dem Aufsichtsrat einen Workshop zur Konzeptentwicklung geben. Dieses Konzept werde dann im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgestellt.

## **Kenntnisnahme**

**Zu Punkt 5****Kooperation mit dem Abwasserverband Obere Lutter über die entgeltliche Durchführung von Vergabeverfahren durch die Zentrale Vergabestelle**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7900/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, dem Abschluss des Kooperationsvertrages mit dem Abwasserverband Obere Lutter zuzustimmen.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6****Einbürgerungen in Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8162/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen fasst den Inhalt der Aussagen in der Informationsvorlage zusammen.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus vertieft inhaltlich die in der Vorlage beschriebenen Sachzusammenhänge.

Herr Ridder-Wilkens (Die Linke) bemängelt, dass trotz zusätzlichem Personal die Wartezeiten weiterhin angestiegen seien. Dafür biete die Vorlage keine adäquaten Lösungsvorschläge. Darüber hinaus erwarte er zunächst eine Stellungnahme des Integrationsrates und beantragt daher erste Lesung.

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass die Vorlage dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgelegt werde, da hier von ihm die Bitte um Information geäußert worden sei. Er dankt für die Vorlage und äußert keine Bedenken, auch den Integrationsrat um ein Meinungsbild zu bitten. Angesichts der relativ konstanten und perspektivisch ansteigenden Antragszahlen liste die Vorlage Lösungsvorschläge auf, unter anderem auch mehr Personal. Seine Fraktion könne dies alles unterstützen, auch um damit das Integrationskonzept insgesamt weiter umzusetzen. Die ebenfalls benannte Option eines Annahmestopps von Einbürgerungsanträgen sei jedoch ein völlig falsches Signal. Herr Rees äußert die Bitte um eine weitere regelmäßige Berichterstattung zu den Einbürgerungszahlen.

**Kenntnisnahme**

---

## Zu Punkt 7

**Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten im Rahmen des Jahres der Demokratie 2019**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7752/2014-2020/1

Ohne Aussprache empfiehlt der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss dem Rat folgenden

**Beschluss:**

**Der Rat beschließt die Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten im Rahmen des Jahres der Demokratie 2019 laut Anlage.**

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 8

**Besetzung eines Unterausschusses des Haupt-Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses zur Vergabe der Projektfördermittel im Rahmen des Jahres der Demokratie**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8175/2014-2020

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus informiert, dass die Fraktion Die Linke Herrn Schatschneider als Mitglied im Unterausschuss benannt habe.

Herr Helling (CDU) erklärt, dass seine Fraktion nach der Fraktionssitzung am Montag einen Vertreter/eine Vertreterin benennen werde.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) benennt für seine Fraktion Herrn Rees.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen erklärt Herr Gugat die Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten im Unterausschuss zu vertreten.

Frau Becker (Bielefelder Mitte) fragt, ob bereits eine konkrete Zahl gestellter Anträge zu benennen sei.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erläutert, dass zunächst das formale Verfahren zu beschließen sei. Allerdings gäbe es bereits mehrere Anfragen.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, folgende Mitglieder des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses für einen Unterausschuss zur**



**Vergabe der Projektfördermittel im Rahmen des Jahres der Demokratie zu benennen:**

<b>1. Vorsitz</b>	<b><u>Herr Oberbürgermeister Clausen</u></b>
<b>2. CDU-Fraktion</b>	
<b>3. SPD-Fraktion</b>	<b><u>Frau Gorsler</u></b>
<b>4. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b><u>Herr Rees</u></b>
<b>5. Fraktion Die Linke</b>	<b><u>Herr Schatschneider</u></b>
<b>6. Fraktion Bielefelder Mitte</b>	<b><u>Frau Becker</u></b>
<b>7. Ratsgruppe FDP</b>	<b><u>Frau Wahl-Schwentker</u></b>
<b>8. Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten</b>	<b><u>Herr Gugat</u></b>

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

### **Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 7630/2014-2020

Drucksachennummer: 7630/2014-2020/1

Drucksachennummer: 8275/2014-2020

Herr Weber (CDU) berichtet, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion bereits im Sozial- und Gesundheitsausschuss gestellt worden sei und für die heutige Beratung auch die vom Seniorenrat formulierten Anforderungen berücksichtige. Seine Fraktion nehme eine zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung bezogen auf Defizite in der haus- und kinderärztlichen Versorgung in einzelnen Stadtbezirken wahr. Ein aktives und konstruktives Verwaltungshandeln sei daher dringend erforderlich. Weder die Ursprungsvorlage noch die Nachtragsvorlage würden diesen Ansprüchen aus Sicht seiner Fraktion gerecht. Die Beschreibung des Haus- und Fachärztemangels sowie die Unfähigkeit für eine Konzepterstellung mangels Einflussmöglichkeiten seien dafür bei Weitem nicht ausreichend. Der Antrag seiner Fraktion formuliere deutlich die Handlungserwartung an die Verwaltung. Dafür sei auch ein entsprechender Finanzierungsrahmen sinnvoll. Die Einbindung der professionellen Mitarbeit der WEGE werde aus seiner Sicht auch zu erfolgreichen Lösungen führen. Dies hätten andere Kommunen bereits bewiesen. Seine Fraktion wolle eine dauerhaft gute ärztliche Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger sichern. Dazu sei das im Änderungsantrag geforderte Verwaltungshandeln unerlässlich. Herr Weber appelliert an die Anwesenden, dem Antrag der CDU zu folgen.

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen) sieht eine fraktionsübergreifende Einigkeit in dem Wunsch, eine nachhaltige, dauerhafte, ortsnahe und effiziente ärztliche Versorgung zu sichern. Er dankt der Verwaltung für die umfassende Vorlage mit der Auflistung von Lösungsvorschlägen zur Verbesserung der Situation. Die von Herrn Weber geäußerte Kritik am Verwaltungshandeln sei diesbezüglich unangemessen und zurück zu weisen. Die Kommune könne und müsse aktiv werden, zuständig für die Ärzterversorgung sei jedoch die Kassenärztliche Vereinigung (KV). Die Verwaltungsvorlage zeige deutlich, dass die Stadt sich ihrer Verantwortung unter

Einbeziehung aller Akteure im ärztlichen Versorgungszusammenhang stelle. Dies schließe neben der WEGE und anderen Akteuren natürlich auch die Städtischen Kliniken als kommunale Versorgungseinrichtung ein. Insbesondere bei der Gründung Medizinischer Versorgungszentren oder Gemeinschaftspraxen sowie der Weiterführung von Einzelpraxen wolle die Koalition nicht auf die Fachkompetenz des Klinikums verzichten. Begrüßenswert seien daher auch die bereits in Sennestadt geführten Gespräche. Die Verwaltungsvorlage berücksichtige den finanziellen Aufwand in Form von städtischen Bürgschaften, weitergehende Privilegierungen seien abzulehnen. Ein anderer Berufsentwurf junger Ärztinnen und Ärzte sei aus seiner Sicht ursächlich für die festgestellte Problemlage. Flexible Arbeitszeiten oder die Verantwortung für eine Einzelpraxis seien nach seiner Wahrnehmung größere Hemmnisse als vermeintlich fehlende Finanzmittel. Herr Rees dankt dem Seniorenrat und der Kommunalen Gesundheitskonferenz ausdrücklich für die Anregungen und Vorschläge, die sich in Teilen im geänderten Beschlussvorschlag wiederfinden und bittet um Zustimmung.

Frau Gorsler (SPD) resümiert ein Bewusstsein in der Bevölkerung für den Ärztemangel und prognostiziert eine langwierige Beschäftigung mit dieser Problemlage in den kommunalen Gremien. Der kommunale Handlungsspielraum liege zwischen der Verantwortlichkeit der KV und der freiwilligen Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte. Die Koalition setze dabei auf die Veränderung der Strukturen, auch unter Berücksichtigung veränderter Gesellschafts- und Rollenbilder. Vorliegende Studien belegten einen hohen Stellenwert der sogenannten weichen Standortfaktoren für die Praxisgründung junger Ärztinnen und Ärzte. Wie im vorausgegangenen Bericht der WEGE deutlich wurde, sei Bielefeld als Großstadt attraktiv. Die Beschränkung auf Informationen, Unterstützung und die Bereitstellung von Bürgschaften sei daher besser geeignet als diverse Boni anzubieten, die letztlich nur den Beginn eines Überbietungswettbewerbes bilden. Die KV würde derzeit bereits einige Stadtteile besonders fördern. Zielführend sei es daher, im Kontakt zu bleiben und auch andere Stadtteile in das Programm aufzunehmen. Frau Gorsler bittet um die Einbindung der Kommunalen Gesundheitskonferenz und anderer Akteure des Gesundheitswesens sowie eine regelmäßige Berichterstattung.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) erinnert an die vorliegende Verwaltungsvorlage sowie Änderungsanträge als Grundlage der heutigen Diskussion. Er appelliert an die CDU, nicht wie im Sozial- und Gesundheitsausschuss gegen das Konzept zu stimmen, da in der Sache Einigkeit bestehe und nur die einzelnen Aktivitäten unterschiedlich bewertet würden. Offensichtlich gäbe es Differenzen in der Wahrnehmung der Bedarfe zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten. Er appelliert an die CDU-Fraktion, im Interesse der Stadtgesellschaft der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Herr Ridder-Wilkens (Die Linke) erklärt seine Enthaltung in der anstehenden Abstimmung. Die im CDU-Antrag vorgesehene Privilegierung einer Berufsgruppe sei nicht akzeptabel.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) stellt die Einigkeit angesichts der Problemlage sowie deren perspektivischer Verschärfung fest. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger müsse daher auch Einigkeit zu umfassenden Handeln mit dem Ziel der Verbesserung der Situation bestehen. Die im CDU-Antrag aufgelisteten Maßnahmen seien alle sinnvoll, geeignet und

zielführend, um Ärztinnen und Ärzte in Bielefeld anzusiedeln. Fraglich sei für sie, ob derzeit bereits alle Vorschläge umgesetzt werden sollten und daher beantragt sie die getrennte Abstimmung zu den Ziffern 5, 6, 7, 9 und 10. Frau Wahl-Schwentker (FDP) bedauert, dass die Koalition offensichtlich aus Prinzip sinnvolle Vorschläge ablehne. Dies sei nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Nettelstroth (CDU) bittet besonders im Hinblick auf die Bedeutung des Themas um Ruhe und Sachlichkeit in der Diskussion. Die Ausgangslage sei seit Jahren bekannt und die KV offensichtlich nicht in der Lage, hier Abhilfe zu schaffen. Im Hinblick auf die Medizinische Fakultät sei frühestens im Jahr 2027 mit ansiedlungswilligen Medizinern zu rechnen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei ein permanent anwachsender Medizinerbedarf, aus unterschiedlichsten Gründen, prognostiziert. Hier benenne die Vorlage durchaus Lösungen. Aus eigener Erfahrung könne er jedoch berichten, dass in den umliegenden Kreisen und Kommunen die medizinische Versorgung eine Kernaufgabe der Wirtschaftsentwicklung sei, die vorrangig betrieben werden müsse. Dies habe der CDU-Antrag aufgenommen. Zukünftig werde sich die hausärztliche Versorgungssituation verändern, da die jungen Mediziner andere Schwerpunkte für ihre berufliche Tätigkeit setzen. Gerade deshalb müssten hier Angebote unterbreitet werden, die eine Niederlassung positiv beeinflussen könnten. Letztendlich stelle die Gruppe der niedergelassenen Mediziner auch eine Unternehmergruppe dar, die in der Stadt Steuern zahle. Im Hinblick auf die Medizinische Fakultät sei auch immer zu berücksichtigen, dass nicht nur Lehre sondern auch Forschung angesiedelt werde. Daher sei ein spezieller Wirtschaftsförderer, wie im Antrag der CDU gefordert, zwingend erforderlich. Für Herrn Nettelstroth (CDU) stellt die Verwaltungsvorlage durchaus einen richtigen Weg dar, der CDU-Antrag gehe jedoch, die Notwendigkeiten erkennend, darüber hinaus. Die vom Seniorenrat aufgeführten Vorschläge seien von Herrn Dr. Aubke fachlich begründet und als sinnvolle Erweiterung übernommen worden. Die spezielle Verbesserung der weichen Standortfaktoren, beispielsweise in Form von Wohnraumvermittlung, Kindertagesstätten u.a. sei keine Privilegierung einer Berufsgruppe, sondern die notwendige Unterstützung zur Behebung des Fachärztemangels in der Stadt. Herr Nettelstroth (CDU) bittet um eine breite Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Frau Becker (Bielefelder Mitte) betrachtet die Neiddebatte zu vermeintlichen Privilegien einer Berufsgruppe anlässlich der offensichtlichen Problemlage für unverantwortlich. Die CDU habe einen Ergänzungsantrag vorgelegt, um den Ärztemangel zu beheben. Gründe, diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern, seien für sie nicht erkennbar.

Frau Gorsler (SPD) berichtet, dass derzeit keine Vakanzen für Arztpraxen in Bielefeld in der Fachpresse zu finden seien. Hintergrund sei, dass einzelne Aktivitäten der im CDU-Antrag genannten Forderungen bereits von der KV geleistet würden. Entsprechend habe der Koalitionsantrag die weiterhin relevanten Forderungen zu einem Großteil aufgenommen. Sie verwehrt sich daher gegen die Unterstellung der Untätigkeit.

Herr Helling (CDU) wertet die Verwaltungsvorlage als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sei dies nach der Vorstellung der CDU bei Weitem nicht genug. Seine Fraktion werde die Verwaltungsvorlage daher ablehnen.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen erläutert Herr Nettelstroth (CDU) dass der CDU- Antrag die Nachtragsvorlage ergänze.

Sodann erfolgt die getrennte Abstimmung zu einzelnen Punkten des CDU-Antrages, Drucksache Nr. 8275/2014-2020:

*Die Verwaltung wird beauftragt:*

*1. Eine zusätzliche Stelle bei der WEGE mbH einzurichten, die speziell für die Ärztebetreuung sowie Unterstützung bei Fachtagungen und Kongressmarketing zuständig ist und die Begleitung des Aufbaus der medizinischen Fakultät inklusive medizinischer Wirtschaftsbetriebe fördert.*

*2. Im Rahmen des jährlichen Berichtes der WEGE insbesondere über die haus- und kinderärztliche Versorgung in den einzelnen Stadtteilen unter besonderer Berücksichtigung einer möglichen Unterversorgung zu berichten.*

*3. Rahmenbedingungen für eine Studienstiftung / Studienförderung zu schaffen, die daran gekoppelt ist, Medizinstudenten ab der klinischen Ausbildung mit einer monatlichen Förderung zu unterstützen, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, einige Jahre als praktischer Arzt/Ärztin in Bielefeld zu praktizieren. Vor allem dann, wenn sie sich in medizinisch unterversorgten Stadtgebieten niederlassen.*

*4. Rahmenbedingungen für Ärztinnen und Ärzten zu schaffen, die Hilfe bei der Wohnungssuche und bei der Suche von Wohnbauland benötigen.*

*5. Arztspezifische Kindergartenplätze zu schaffen, die die Bedürfnisse von Ärztinnen und Ärzten berücksichtigen, wie z.B. Flexibilität bei den Öffnungszeiten.*

*6. Betreuungsservice für Nacht- und Notfallzeiten zur Verfügung zu stellen.*

*7. Unterstützungsangebote zu schaffen, die Ärztinnen und Ärzten im Bereich der administrativen Tätigkeiten Hilfestellungen bieten. Dieses Angebot soll sich vor allem auf Einzel- oder Doppelpraxen beziehen.*

*8. Den Deutschen Hausarzt Service bei der Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten mit einzubinden.*

*9. Die im Rahmen kommunaler Handlungsoptionen beeinflussbaren sog. weichen Standortfaktoren für ansiedlungswillige Ärztinnen und Ärzte sind zu konkretisieren und die hierfür erforderlichen Finanzmittel im Haushalt bereitzustellen.*

*10. Neben der Übernahme von Bürgschaften sowie der Bereitstellung von Grundstücken / Räumlichkeiten sollten für ansiedlungswillige Ärztinnen und Ärzte nach kritischer Prüfung der regionalen Unterversorgung in Stadtbezirken auch Investitionszuschüsse seitens der Kommune ermöglicht werden.*

*11. Im Rahmen der Konzeptentwicklung von MVZ sollte die Möglichkeit mobiler Versorgungseinheiten für ältere Menschen berücksichtigt werden.*

*12. Politik und Verwaltung werden aufgefordert, über die Landesregierung NRW und den Städtetag darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Bedarfsplanungsrichtlinien auch die derzeitigen Mittelbereiche plus Randgemeinden kleinräumiger gestaltet werden können.*

*13. Die Verwaltung wird aufgefordert, die drohende Unterversorgung in Jöllenbeck und insbesondere Stieghorst engmaschig zu beobachten und im HWBA zu berichten.*

*14. In dem aufzubauenden Netzwerk für die Planung ärztlicher Versorgung müssen die Krankenkassen eingebunden werden.*

Abstimmung zu den Ziffern 1-3, 8, 11, 12, 13 und 14 des Antrages der CDU

- bei sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung zu den Ziffern 4-7, 9 und 10 des CDU-Antrages

- bei sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages, Drucks.-Nr. 8213/2014-2020, empfiehlt der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Rat nimmt die Ausführungen gemäß Anlage zur Kenntnis. Er begrüßt die darin beschriebenen Ansätze zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung für Bielefeld.**
- 2. Unabhängig von den nachfolgenden Punkten appelliert der Rat an die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), ihren Sicherstellungsauftrag hinsichtlich der ärztlichen Versorgung wahrzunehmen. Der Rat erwartet von der KVWL verstärkte Anstrengungen, damit Versorgungsengpässe abgemildert und insbesondere die haus- und kinderärztliche Versorgung – auch mit Blick auf die demografische Entwicklung – nachhaltig gesichert werden.**
- 3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Initiativen zur Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen in besonders schlecht versorgten Stadtbezirken aktiv und auch z.B. mittels Bereitstellung städtischer Bürgschaften und weiteren geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.**
- 4. Der Rat beauftragt die Verwaltung weiterhin, die begonnenen Aktivitäten zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in**

den Bereichen Senne, Sennestadt, Stieghorst und Jöllenbeck aktiv zu unterstützen. Er bittet darum, auch das Klinikum Bielefeld in diesen Prozess einzubeziehen.

5. Der Rat bittet die „AG ärztliche Versorgung“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz um eine weitere kontinuierliche Begleitung des Prozesses für die Folgejahre. Er regt hierbei ausdrücklich auch die Einbeziehung der Krankenkassen sowie die Durchführung einer Fachveranstaltung im Jahr 2019 zur Entwicklung weiterer Ideen an. Auch Aspekte der Barrierefreiheit sollen dabei in den Blick genommen werden.
6. Der Rat sieht den „Verein zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung in OWL e.V.“ als geeignete Plattform an, um ebenfalls Projekte zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung voranzubringen. Er bittet den Oberbürgermeister, sich dafür einzusetzen, dass der Verein gerade in den kommenden Jahren seine Aktivitäten auch auf dieses Themenfeld ausrichtet.
7. Die Verwaltung wird aufgefordert, über die Landesregierung und den Städtetag darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der derzeitigen Novellierung der Bedarfsplanungsrichtlinien auch die derzeitigen Mittelbereiche plus Randgemeinden kleinräumiger gestaltet werden können.
8. Der Rat wünscht sich in den entsprechenden Fachausschüssen eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen unter Einbeziehung der KVWL und den lokalen haus- und kinderärztlichen Netzwerken. Melden sich Interessenten für die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen bei.

- bei fünf Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mit Mehrheit beschlossen

-.-.-

## **Zu Punkt 10      Verbreitung der Notfalldose in Bielefeld**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8218/2014-2020

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert die Vorlage im Hinblick auf die in der letzten Sitzung geäußerte Kritik zur Art der Zusammenarbeit mit Bielefeld Marketing. Sie wirbt nachdrücklich für ein Konzept der Zusammenarbeit mit den Bielefelder Apotheken. Flankierende Maßnahmen von Bielefeld Marketing seien insbesondere zur Unterstützung der Bielefelder Apotheken vorgesehen. Die erforderlichen Finanzmittel sollen aus Umschichtungen im Dezernat 3 zur Verfügung gestellt werden. Frau Erste Beigeordnete Ritschel äußert die Hoffnung, dass auf der Basis der nun vorliegenden Beschlussvorlage das Thema Notfalldose konstruktiv umgesetzt werden könne.

Herr Helling (CDU) erklärt für seine Fraktion, der Vorlage zustimmen zu

wollen. Gleichzeitig erinnert er an die Zusage einer Berichterstattung im Herbst 2019 und kündigt für seine Fraktion bereits jetzt die Forderung zu weiteren Nachbesserungen an, falls diese dann erforderlich sein sollten.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss erklärt sich mit dem Vorgehen zur Verbreitung der Notfalldose in Bielefeld einverstanden. Er begrüßt insb. das Engagement der Apothekerkammer und dankt den Bielefelder Apotheken, dass sie den maßgeblichen Beitrag zur Beratung und zum Vertrieb der Notfalldose leisten.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit Bielefeld Marketing Plakate und Infozettel zu erstellen, um die Notfalldose weiter bekannt zu machen. Die Kosten in Höhe von ca. 4.000-5.000,-€ sind im Haushalt des Dezernates für Umwelt und Klimaschutz durch Umschichtung zu decken.**

**Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, am Infoschalter des Neuen Rathauses, an der Information im Haus der Gesundheit sowie in Abstimmung mit Bielefeld Marketing in der Tourist-Info Notfalldosen zu einem Preis von 2,-€ / Stück anzubieten.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11**

**1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 29.09.2018**

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 7998/2014-2020

Drucksachennummer: 8187/2014-2020

Drucksachennummer: 8269/2014-2020

Frau Erste Beigeordnete Ritschel berichtet, dass die Bezirksvertretung Mitte eine Erweiterung des Gebietes für die Sonntagsöffnungen vorgeschlagen habe. Diese Erweiterung sei nicht Bestandteil des Vorschlages der Einzelhändler und Bielefeld Marketing gewesen und insofern auch nicht im Rahmen des Abstimmungsverfahrens berücksichtigt worden. Um jedoch für den Leinewebermarkt und andere Veranstaltungen Planungssicherheit zu erzielen, werde der Beschluss in der vorliegenden Fassung, wie im Konsens mit den Antragstellern festgelegt, empfohlen. Die Anregung der Bezirksvertretung Mitte werde geprüft und falls von den Händlern gewünscht, in das Beteiligungsverfahren aufgenommen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) fragt, ob angesichts der bestehenden Frist zum 31.03.2019 für die Antragsabgabe eine aktuelle Beschlussfassung angemessen sei. Dies insbesondere vor dem Hintergrund noch angekündigter Anträge aus Brackwede. Sie äußert die dringende Bitte an die Verwaltung, die Antragsteller bei der Umsetzung ihrer Wünsche nach Sonntagsöffnungen mehr zu unterstützen.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel berichtet, dass die vorgelegten Anträge aus Brackwede nicht umsetzbar gewesen seien. Die anschließend geführten Gespräche könnten zu einer erneuten Antragstellung führen. Überall wo Hilfestellung erwünscht sei, werde die Verwaltung aktiv und unterstütze die Antragsteller. Das Konzept beinhalte bewusst zwei Fristen zum 31.03. und 31.10. des Jahres, um ausreichend Flexibilität für die Antragsteller zu gewährleisten. Der aktuelle Beschluss ermögliche Planungssicherheit für die vorliegenden und geprüften Anträge. Alle weiteren bis zum 31.03. des Jahres vorliegenden Anträge werden ebenso im Prüfungs- und Beteiligungsverfahren bewertet und dann in einer erneuten Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Feldmann berichtet zu den Anträgen aus Brackwede, dass die vorliegenden Konzepte nicht genehmigungsfähig gewesen seien. Aktuell gebe es Hinweise, dass Veranstaltungen geplant seien und neue Konzepte vorgelegt werden sollen. Das Ordnungsamt als Prüfungsinstitution benötige jedoch konkrete Angaben, um die Genehmigungsfähigkeit eines Konzeptes zu prüfen. Man stehe im engen Austausch mit dem Handelsverband und anderen Akteuren. Die fristgerechte Vorlage eines Konzeptes zum 31.03. des Jahres sei zwingend erforderlich, um das Prüfungs- und Genehmigungsverfahren einzuleiten. Dann sei auch eine qualifizierte Entscheidung im zweiten Halbjahr 2019 möglich.

Herr Ridder-Wilkens (Die Linke) erklärt, der Vorlage auf Grund einer grundsätzlichen Ablehnung von Sonntagsöffnungen nicht zustimmen zu können.

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt fest, dass der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss die Informationsvorlagen Drucksache-Nr. 8187/2014-2020 und Drucksache-Nr. 8269/2014-2020 mit den Voten der Bezirksvertretungen Brackwede, Jöllenbeck und Mitte zur Kenntnis nimmt. Der Ergänzungsvorschlag der Bezirksvertretung Mitte findet somit keine Berücksichtigung in der aktuellen Beschlussfassung.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat, die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 29.09.2018 zu beschließen.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-